

## **Kleine Anfrage 438**

des Abgeordneten Christoph Schulze  
fraktionslos

an die Landesregierung

### **KAG I**

Seit Jahren schwelt im Land Brandenburg die Problematik der völlig aus dem Ruder gelaufenen Abwasserpolitik. Seit über 15 Jahren bemüht sich die Landesregierung das Desaster bei Trink- und Abwasserpreisen, welches durch fehlgeleitete Politik in den 90er Jahren entstanden ist, wieder in den Griff zu bekommen. Hunderte von Millionen € sind für Liquiditätssicherung und Haushaltssicherung an die entsprechenden Zweckverbände, die in Schieflage waren, verausgabt worden. Trotzdem ist kein Ende abzusehen.

Im Jahr 2004 wurde dann durch eine Novelle im KAG ein neuer Rechtsstreit aufgemacht, nämlich, dass die Frage der Verjährungszeit, die ursprünglich entsprechend Abgabenordnung als Bundesrecht vier Jahre betrug, und auch im Brandenburger KAG so verankert wurde, aufgeweicht wurde dadurch, dass im KAG Brandenburg eine Klausel eingefügt wurde, **dass die Verjährung erst zu laufen beginne, wenn eine rechtswirksame Satzung zustande gekommen wäre**. Dazu gab es in der Folge auch umfassende Rechtsprechungen durch die verschiedenen Oberverwaltungsgerichte.

In einem Paukenschlag hat das Bundesverfassungsgericht im Jahr 2014 im März und September zu einem bayerischen Fall und einem Brandenburger Fall klargestellt, dass unbeschränkte Verjährungsfristen verfassungsrechtlich nicht zulässig sind.

Dies hat dann dazu geführt, dass die Landesregierung Brandenburg im Rahmen der 6. KAG-Novelle im November 2013 die **Verjährung im Brandenburger KAG von vier Jahren auf 25 Jahre angehoben hat**. Hintergrund sollte die Möglichkeit für die Zweckverbände sein, von allen, die in die Verjährung zu rutschen drohten, doch noch bis 2015 entsprechende Beitragsforderungen eintreiben zu können. Dies hat natürlich zu einer erneuten Verschärfung der Abwasserproblematik und der Akzeptanz der Politik des Landes Brandenburg im Bereich Trinkwasser und Abwasser geführt.

Datum des Eingangs: 23.03.2015 / Ausgegeben: 24.03.2015

Aus diesem Grunde frage ich die Landesregierung an:

1. Welche Zweckverbände waren seit 1996 in finanzieller Schieflage? Bitte hier alle Zweckverbände auflisten.
2. Welche Zweckverbände haben seit Mitte der 90er Jahre vom Land finanzielle Hilfsmittel im Rahmen Haushaltssicherung/Liquiditätssicherung u.a. ähnlicher Landesprogramme Geld bekommen? (bitte tabellarisch nach Jahr, Verband, Zuschüssen und Haushaltstitel aufschlüsseln)
3. Wie viel Geld hat das Land Brandenburg insgesamt für die Unterstützung in Schieflage geratener Zweckverbände seit Mitte der 90er Jahre verausgabt? Bitte die Gesamtsumme von 1998 bis 2014 für alle Abwasserzweckverbände, die entsprechende Hilfen beantragt und bekommen haben.
4. Wie hoch sind aktuell die **Außenstände der Zweckverbände** in der Frage der Beitreibung von Erschließungsgebühren für Trink- und Abwasser?